

WELCHES NICHT PRODUKTIVISTISCHE MODELL?

Dieser Beitrag¹ beschäftigt sich mit mehreren Punkten, durch die sich ein roter Faden zieht: den vagen Begriff des Antiproduktivismus aufgreifend, soll versucht werden, mit ein und derselben antikapitalistischen Logik soziale und ökologische Fragen zu kombinieren.

■ Michel Husson

inprekorr 6/2015
INTERNATIONALE PRESSEKORRESPONDENZ

Es gab eine Zeit, in der die Arbeiterbewegung eine produktivistische Haltung vertrat. So warf die PSU², um nur ein Beispiel zu nennen, 1964 in ihrem „Gegenplan“ dem Plan der Regierung vor, ein jährliches Wachstum von lediglich 5 Prozent vorzusehen. Heute denken viele Teile der Linken über die Möglichkeit eines nicht produktivistischen Modells, zeitweise als Ökosozialismus bezeichnet, nach. Diese Entwicklung erklärt sich durch verschiedene Faktoren, die hier nur kurz in Erinnerung gerufen werden: die Erdölschocks der 1970er-Jahre, das wachsende Bewusstsein über die Klimaproblematik, die Perspektive einer Jahrhundertstagnation etc. Sie greift aber

auch Elemente einer Kritik der Konsumgesellschaft auf, die bereits auf die 1970er-Jahre zurückgeht.

Kapitalismus und Sozialismus: zwei unterschiedliche Logiken

Es ist vielleicht nicht unsinnig, kurz in Erinnerung zu rufen, dass es auf abstrakter Ebene zwei wirtschaftliche und soziale Organisationsweisen gibt. Was den Kapitalismus betrifft, ist klar, dass sein Ziel darin besteht, möglichst hohe Profite unter dem Vorbehalt tatsächlicher gesellschaftlicher Nachfrage zu erzielen. Das bedeutet, dass die Kapitalisten ihre Waren nur unter der Bedingung verkau-

fen, dass sie einen Gebrauchswert haben, kurz einer gesellschaftlichen Nachfrage entsprechen, die natürlich eine tatsächliche Nachfrage sein, d. h. einer entsprechenden Kaufkraft entsprechen muss. Die „Mikroökonomie“ versucht nachzuweisen, dass das Zusammentreffen von „Produzenten“ (die ihren Profit maximieren) und „Konsumenten“ (die ihren „Nutzen“ maximieren) zu einem Optimum führt, sofern nicht diverse starre Regelungen dessen Realisierung verhindern.

Der Zweck dieses ideologischen Kraftaktes ist es, Ziele und Hindernisse als symmetrisch darzustellen, aber auch die Möglichkeit einer anderen Gesellschaftsorganisation, des Sozialismus, zu leugnen, dessen Plan die Maximierung des gesellschaftlichen Wohlergehens unter Vorbehalt der mobilisierbaren Mittel wäre, was zu völlig anderen Ergebnissen führen würde. Diese Mittel sind die menschliche Arbeit (und die daraus hervorgehenden Produkte), aber auch die Natur. Arbeit und Natur sind, um die Begriffe von Marx aufzugreifen, „Vater“ und „Mutter“ jeder Produktion von Gebrauchswert, mit anderen Worten des „stofflichen Reichtums“. ³ Das bedeutet auch, dass die beiden Aspekte von „sozialer Ökologie“, die sich schlicht mit dem Status des Arbeiters und der Ökologie befasst, in der Definition des gesellschaftlichen Optimums als Aspekte gleichwertig zu berücksichtigen sind und zusammen in einen Ausgleich münden, der ein Ergebnis demokratischer Beschlussfassung ist.

Im Kapitalismus spielen Zweck und Mittel also eine andere Rolle als im Sozialismus. Im Kapitalismus dominieren private Entscheidungen die gesellschaftliche Wahl. Die ökonomischen Berechnungsmodelle beider Gesellschaftssysteme operieren auch nicht mit denselben Effizienzkriterien. Der Kapitalismus bemisst die Effizienz nach dem Profit, während das Kriterium des Sozialismus das gesellschaftliche Wohlergehen ist, gemessen an der Einhaltung von Menschenrechten und Rücksichtnahmen auf die Umwelt.

Daher gibt es zwei mögliche Wirtschaftsrechnungen und zwei Effizienzkriterien. Am konkreten Beispiel der Medikamente bedeutet das kapitalistische Kriterium, den Ertrag für Investitionen der pharmazeutischen Gruppen zu maximieren, während das sozialistische Kriterium bedeutet, die Zahl der behandelten Patienten zu maximieren. Daran ist leicht erkennbar, dass die Anwendung des einen Kriteriums zu einem anderen „Nutzeffekt“ führt als die des anderen. ⁴

Diese Betrachtungen ⁵ erlauben, die aktuelle Diskussion über neue Reichtumsindikatoren zu beleuchten. Zu zeigen, dass das BIP kein Maßstab für Wohlergehen oder Glück ist,

ist nützlich für die Kritik am produktivistischen Kapitalismus, selbst wenn man damit offene Türen einrennt. Das BIP entspricht der kapitalistischen Logik und ist daher ein geeignetes Instrument, um diese zu studieren. Es zu verwerfen wäre ebenso absurd wie die Weigerung, die Profitrate zu betrachten, weil der Profit auf Kosten der Lohnabhängigen erzielt wird (müsste sie also um den Aspekt der Mühseligkeit der Arbeit ergänzt werden?).

Multidimensionale oder synthetische qualitative Indikatoren aufzustellen, die versuchen, das Wohlergehen zu messen, ist zweifellos nötig, doch solche stehen bereits zur Verfügung, beispielsweise in Form des Indikators für menschliche Entwicklung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) oder im Bereich von Armut, Ungleichheit, Zugang zu Gesundheit etc. Im Übrigen fragt sich, ob die Maschine anders funktioniert, nur weil die Instrumente geändert werden. Das nahezulegende Sarkozys Augenschwermere Gewicht, wenn er erklärt: „Wir werden unser Verhalten nicht ändern, wenn wir den Maßstab für unsere Leistung nicht ändern.“ ⁶

Am schlimmsten ist, dass diese Reflexion über die Indikatoren in kontraproduktive Vorschläge mündet. Man müsse beispielsweise das BIP korrigieren und ein NIP (Nettoinlandsprodukt) errechnen, das man erhalte, wenn man die „natürliche Abnutzung des Kapitals“ abziehe. Das setzt einen Preis für etwas voraus, was keinen Preis hat, und führt zu Monstrositäten wie, um nur eine unter vielen zu erwähnen, diese Studie, die „den durchschnittlichen Wert, der den Ökosystemen der Hauptstadt zuzuschreiben ist, auf 970 Euro pro Hektar und Jahr“ schätzt. ⁷

Der Versuch, das BIP zu korrigieren, indem nicht marktwirtschaftliche Aktivitäten oder schlimmer noch natürliche Rohstoffe und ihre „Dienste“ in Geldäquivalenten angegeben werden, ist völlig widersinnig, da es gerade darum geht, das Wohlergehen (Gebrauchswert) von der Warenproduktion (Tauschwert) zu unterscheiden. ⁸

Die kapitalistischen Antworten auf die Umweltproblematik

Bevor man sich der Klimagefahren bewusst wurde, betrachtete die vorherrschende Ökonomie den Produktionsprozess als Kombination zweier Faktoren: des Kapitals und der Arbeit. Diese beiden Faktoren wurden als eigentlich austauschbar erachtet, in dem Sinn, dass der eine je nach relativem Preis beider Faktoren durch den anderen ersetzt werden konnte. Die Energie tauchte in dieser Darstellung nicht direkt auf oder nur vermittelt über die im Energiebereich nötigen Investitionen.

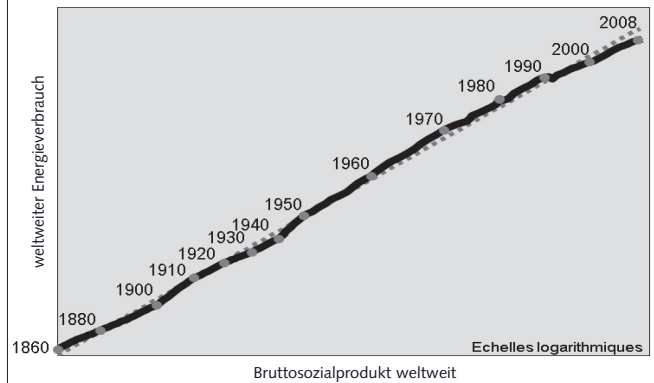
Dabei geriet in Vergessenheit, dass das weltweite Wachstum des BIP seit Mitte des 19. Jahrhunderts mit einem ebenso erheblichen Wachstum des Energieverbrauchs einhergegangen ist. Grafik 1 zeigt, dass das globale BIP zwischen 1860 und 2008 um ein 50-Faches gewachsen ist und der Energieverbrauch im selben Zeitraum um ein 18-Faches. Das Verhältnis der beiden Zahlen zueinander zeigt jedoch, dass die Energieintensität (der Energieverbrauch in Bezug auf das BIP) konstant abgenommen hat. Die Entwicklung des Kapitalismus beruhte also auf der Verfügbarkeit von kostengünstigen Energiequellen, es gab aber auch Bemühungen, die entsprechenden Kosten und den Verbrauch einzudämmen (Grafik 1).

Die steigenden Erdölpreise und die Notwendigkeit, die Umweltfrage zu berücksichtigen, führten die vorherrschende (neoklassisch genannte) Ökonomie dazu, diese theoretischen Schemata durch Einführung eines dritten Produktionsfaktors neben Arbeit und Kapital – der Energie – zu ergänzen. Doch dieselbe Hypothese der „Ersetzbarkeit“ zwischen den drei Faktoren wurde grundlegend beibehalten. Das läuft auf die Behauptung hinaus, es genüge, die Preise für Energie zu erhöhen, um deren Gebrauch zu senken, fast so wie es gemäß neoliberalen Ökonomen genügt, die Arbeitskosten zu senken, um Stellen zu schaffen.

Deshalb rät die vorherrschende Ökonomie vor allem zu marktwirtschaftlichen Lösungen, nämlich Ökosteuern und einen Markt für Emissionsrechte. Wobei man hier den *Advocatus Diaboli* spielen und behaupten kann, diese Vorkehrungen dürfen nicht systematisch zurückgewiesen werden. Die Erhöhung der Energiepreise ist nicht irrational. Man muss sich nur vorstellen, was passieren würde, wenn Energie nichts kosten würde. Und die steigenden Erdölpreise haben den Verbrauch gedrosselt. Was die Märkte für Emissionsrechte betrifft, kann das Prinzip als ein Ersatz für Planung gesehen werden, insofern sie dazu beitragen sollen, die Bemühungen um Einschränkung des Treibhausgasausstoßes entsprechend den technologischen Eigenheiten jedes Produktionsprozesses zu verteilen.

Beide Ansätze bleiben hinter der Problemstellung jedoch weit zurück und prallen auf die kapitalistische Logik. Die Emissionsrechte zogen Finanzspekulationen nach sich, die zu einer Senkung der Kohlenstoffpreise führten, sodass die Maßnahmen ineffizient geworden sind. Was die Pläne für Ökosteuern betrifft, prallen diese an soziale Widerstände, denn die ausgearbeiteten Modalitäten wälzen die Lasten auf den gesellschaftlichen Lohn anstatt auf Unternehmensprofite.

GRAFIK 1: BIP UND ENERGIEVERBRAUCH GLOBAL



Das einzige Erfolgsbeispiel ist der Umgang mit Treibgasen (Chlorfluorkohlenstoffe CFK), die die Ozonschicht angreifen. Das Montrealer Protokoll von 1987 führte zu einer nahezu vollständigen Einstellung von deren Nutzung innerhalb von zwanzig Jahren. Zwar wurden sie durch die – weniger schädlichen – Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) ersetzt, doch die Bilanz zeigt, dass quantifizierte Normen oder anders gesagt der Ansatz zu einer Planung Wirkung zeigten.

Die Dimension der Aufgaben: unerreichbare Ziele?

In seinem letzten Bericht setzt der IPCC-Klimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change) als Ziel fest, dass die Erwärmung bis Ende des Jahrhunderts (im Vergleich zum vorindustriellen Niveau) höchstens zwei Grad betragen dürfe, was bedeutet, dass die Konzentration an Treibhausgasen 450 ppm an Kohlenstoffäquivalenten nicht übersteigen darf. „In den von IPCC untersuchten Szenarien ist zur wahrscheinlichen Einhaltung der 2°C-Obergrenze eine Reduktion der globalen Treibhausgasemissionen in allen Sektoren bis zum Jahr 2050 von 40 % bis 70 % gegenüber dem Jahr 2010 notwendig und Emissionen nahe null bzw. darunter im Jahr 2100.“⁹

Welches Wachstum des globalen BIP ist also mit der notwendigen Senkung der CO₂-Emissionen vereinbar? Um diese Frage zu beleuchten, soll von der Definition der ausgestoßenen CO₂-Intensität pro Einheit des globalen BIP ausgegangen werden. Das mit einem Emissionsziel vereinbare BIP ist dabei vom Ziel der Reduktion der Emissionen und der gewählten Annahme einer Senkung der CO₂-Intensität abgeleitet.¹⁰

Der Einfachheit halber (unter Ausklammerung anderer

Treibhausgase wie Methan und Lachgas) setzt der IPCC als Mindestziel eine Halbierung der CO₂-Emissionen bis 2050 voraus. Daraus lässt sich ein Diagramm erstellen, das für verschiedene Annahmen über den Rhythmus der CO₂-Intensität das mit diesem Ziel vereinbare BIP-Wachstum zeigt (Grafik 2).

Punkt A entspricht der Annahme, dass der Rhythmus der Senkung der CO₂-Intensität bis 2050 gleich bleibt wie jener der letzten beiden Jahrzehnte, also -1,7 % jährlich. Das Ziel einer Halbierung der CO₂-Emissionen bedeutet, dass das globale BIP bis 2050 zu wachsen aufhört.

Punkt B entspricht der Annahme, dass der Rhythmus der Senkung der CO₂-Intensität auf 3 % jährlich gesteigert wird. In diesem Fall beträgt das damit kompatible globale Wachstum des BIP 1,3 % jährlich, was einer deutlichen Verlangsamung gegenüber den letzten zwanzig Jahren entspricht.

Mit demselben Instrument können auch die Ergebnisse des letzten IPCC-Berichts bewertet werden, die kaum unter diesem Gesichtspunkt diskutiert wurden. Das Mindeste, was man sagen kann, ist, dass sie beruhigend sind. Das vom IPCC vorgeschlagene durchschnittliche Szenario würde tatsächlich nur eine Verlangsamung des Konsumwachstums um 0,06 % jährlich bringen. Gegenüber einem Referenzwert von 2 % jährlichem Konsumwachstum läge dieses mit Reduktion der Emissionen bei 1,94 %.¹¹

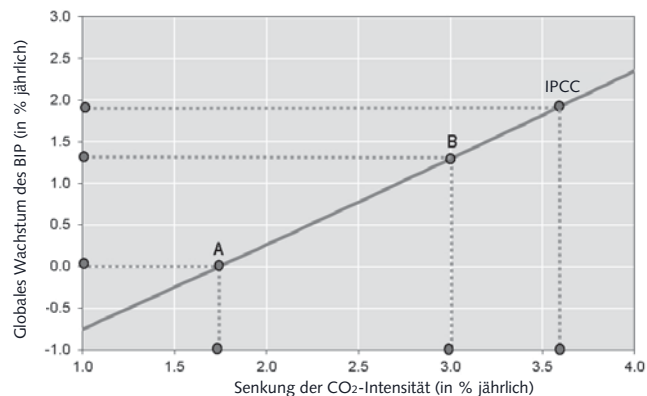
Konsum und BIP können hier gleichgesetzt werden. Grafik 2 zeigt, dass die mittlere Annahme des IPCC von einer Senkung der CO₂-Intensität in einem gegenüber den letzten zwei Jahrzehnten mehr als verdoppelten Rhythmus ausgeht. Bei aller Simplifizierung erlaubt diese Übung, die den IPCC-Szenarien zugrunde liegenden impliziten Annahmen aufzuzeigen, um ein Gefühl für Größenordnungen zu vermitteln.¹²

Der Weltklimarat geht mit anderen Worten davon aus, dass in den nächsten 40 Jahren der CO₂-Gehalt einer BIP-Einheit auf ein Viertel reduziert werden könnte. Dieses Ergebnis könnte nur durch eine Kombination mehrerer technologischer wie sozialer Faktoren erreicht werden, die in zwei große Gruppen eingeteilt werden können: jene, die den Energiegehalt am BIP reduzieren, und jene, die „saubere“ Energien privilegieren. Es ist völlig legitim, sich zu fragen, ob ein so ehrgeiziges Ziel erreicht werden kann, und diese Frage führt dazu, dass gefährliche und unzureichende Lösungen diskutiert werden.

Zu vermeidende Lösungen

Da ist in allererster Hinsicht die Bevölkerung. Gemäß UNO wird die Weltbevölkerung 2015 die Grenze von 7,3

GRAFIK2: CO₂-EMISSIONEN UND BIP-KOMPATIBILITÄT



Milliarden und 2050¹³ die Grenze von 9,7 Milliarden Menschen erreichen, was einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 0,8 % entspricht, das also vom BIP-Wachstum abzuziehen ist, um ein BIP pro Kopf zu erhalten. Unter sonst gleichen Bedingungen trägt das Bevölkerungswachstum übrigens tatsächlich zur Steigerung des Energieverbrauchs und damit der Treibhausgasemissionen bei. Das führt eine ganze Strömung an Neomalthusianern dazu, die Bevölkerung zu einer Variablen der Anpassung zu machen. Sofern man nicht in barbarische Lösungen kippt, muss aber auf soziale Faktoren gesetzt werden, um durch die Senkung der Fruchtbarkeitsrate einen demografischen Wandel zu begünstigen: den Abbau der Ungleichheiten und vor allem den sozialen Status der Frauen.¹⁴ Im Großen und Ganzen ist es das, was die niedrige Annahme der UNO voraussieht, die von einem Wachstum der Weltbevölkerung von 0,5 % statt 0,8 % zwischen 2015 und 2050 ausgeht, also einer Milliarde Menschen „weniger“ bis 2050.

Ein anderer Weg, der kritisch zu hinterfragen ist, ist das „Negativwachstum“. Welche Gefahr von dieser Ideologie ausgeht, sieht man zweifellos in einem schon alten Artikel von Serge Latouche¹⁵, wo dieser beteuert, dass die „Beibehaltung oder, schlimmer noch, die Einführung einer Wachstumslogik im Süden unter dem Vorzeichen eines Auswegs aus dem durch ebendieses Wachstum geschaffenen Elend diesen nur noch mehr verwestlichen kann“. Auf die Feststellung von Jean-Marie Harribey¹⁶, die Armen hätten Anrecht „auf eine Zeit des Wachstums, um Schulen, Gesundheitszentren, Trinkwasserleitungen zu errichten und ihre Ernährungssouveränität wiederzufinden“, erwiderte Latouche, dass „in diesem von einem

guten Empfinden ausgehenden Vorschlag ein gewöhnlicher Ethnozentrismus liegt, der genau jener der Entwicklung ist“. Und stellte sogar die Frage, ob die Schulen und Gesundheitszentren „gute Einrichtungen sind, um Kultur und Gesundheit einzuführen“.

Klar ist, wie Latouche selbst einräumt, das Negativwachstum ein „Slogan“ und diese Denkrichtung nicht einheitlich. Wenn es darum geht, die Flucht nach vorne in Wachstum und übermäßigen Konsum zu kritisieren, sind natürlich breite Übereinstimmungen möglich. Dagegen müssen aber die Gleichsetzungen oder die Vermischung von Wachstum und Suche nach einem menschenwürdigen Lebensstandard, zwischen ökonomischer Analyse und „Ökonomizismus“, zwischen Entwicklung und Ethnozentrismus zurückgewiesen werden. Am wichtigsten ist jedoch, dass die Anhänger des Negativwachstums nie die Frage nach den gesellschaftlichen Strukturen stellen, die den Wettlauf zum Produktivismus hervorbringen, und sich logischerweise oft in Schuldgefühle erweckenden Ermahnungen ergehen. Andere engagieren sich dagegen in ökologischen und sozialen Kämpfen, die konkrete Alternativen in Aussicht stellen.

An dieser Stelle wären lange Ausführungen über die Notwendigkeit einer Theorie der Bedürfnisse anzustellen, doch wir beschränken uns auf die knappe Formulierung zweier Hypothesen. Die erste ist, dass es eine universelle Definition von Bedürfnissen gibt, die man als humanistisch bezeichnen könnte und die mit Ian Gough in zwei großen Kategorien eingeteilt werden können: die Gesundheit und die Autonomie.¹⁷ Die zweite Hypothese, die man als materialistisch bezeichnen kann, greift nur die berühmte Formulierung auf, wonach das „Sein das Bewusstsein bestimmt“. Sie setzt darauf, dass die Veränderung der sozialen Existenzbedingungen die Bedürfnisse und Wünsche der Einzelnen verändern kann. Diese Hypothese kann sich beispielsweise auf die Arbeiten von Richard Wilkinson¹⁸ stützen, die vielfache Korrelationen zwischen sozialen Ungleichheiten und dem Gesundheitsniveau (im weitesten Sinn) feststellen. Seine Botschaft ist ausgesprochen klar: Die Gleichheit ist absolute Bedingung für gesellschaftliches Wohlbefinden und wahre Freiheit, definiert als „das Gefühl, nicht missachtet und als minderwertig behandelt zu werden“. Die menschliche Natur zeichne sich nicht zwangsläufig durch Habgier aus, sondern schwanke gemäß einer jeder Gesellschaft eigenen „Dosierung“ zwischen den widersprüchlichen Bestrebungen Kooperation und Dominanz.

Es gilt also, die subjektivistische Kritik des übermäßigen Konsums hinter sich zu lassen und sie in gewisser Weise umzudrehen. Wie Richard Smith¹⁹ angesichts des Worldwatch Institute ätzend schreibt: „Sie glauben, dass es die konsumorientierte Kultur ist, die die Unternehmen zur Überproduktion treibt. Ihre Lösung ist also, die Kultur zu verändern, indem die Leute dazu gebracht werden, ihre Berichte zu lesen und sich umzuerziehen, damit sie den Konsumwahn verstehen und sich entscheiden, auf unnützen Konsum zu verzichten – ohne die Wirtschaft selbst zu verändern. Doch es ist nicht die Kultur, die die Wirtschaft bestimmt, sondern vor allem die Wirtschaft, die die Kultur bestimmt.“

Die Grenzen des grünen Kapitalismus

„Ein statischer Kapitalismus ist ein begrifflicher Widerspruch.“ Dieses Zitat von Schumpeter²⁰, dem Theoretiker der „schöpferischen Zerstörung“, wird oft bemüßigt, und das zu Recht. Die Konkurrenz zwischen individuellen Kapitalien verläuft tatsächlich über die Akkumulation, die unaufhörliche Suche nach Produktivitätsgewinnen, den Kampf um Marktanteile, die beschleunigte Rotation des Kapitals, die Veralterung der produzierten Güter. Sie wird fortan auf weltweiter Ebene ausgetragen und entgeht nahezu jedem wirklichen Regulierungsversuch. Dieser Dynamik liegt tatsächlich das Suchen nach Profit zugrunde, das sich in der Notwendigkeit ausdrückt, immer mehr zu produzieren.

Diese Logik hat in energetischer Sicht mehrere Folgen. Wie wir gesehen haben, ist das kapitalistische Wachstum direkt mit einem steigenden Energieverbrauch verbunden. Doch die Profitrate ebenfalls, und man kann – hier im Fall von Frankreich – einen sehr engen Zusammenhang zwischen Fluktuationen in der Profitrate und Kosten des Energieverbrauchs beobachten (Grafik 3). Und der Wettbewerb hat zur Folge, dass „gute Praktiken“ in ökologischen Angelegenheiten ebenso wie im Sozialen verdrängt werden (Grafik 3).

Der „grüne Kapitalismus“ kann sich zweifellos gewisser Sektoren bemächtigen, sofern diese rentabel sind, doch er ist insgesamt unvereinbar mit einer verallgemeinerten energetischen Wende, die ab einer gewissen Schwelle zur Senkung der Rentabilität führen würde. Seine Ausweitung ist zudem begrenzt durch die neoliberale Politik, die darauf abzielt, das Eingreifen der öffentlichen Hand, die gewisse grüne Investitionen finanzierbar machen könnte, einzudämmen. Aus all diesen Gründen ist der „grüne Kapitalismus“ ein Oxy-

moron, wie Daniel Tanuro²² in seinem Referenzwerk zeigt.

Verteilungsdilemmata

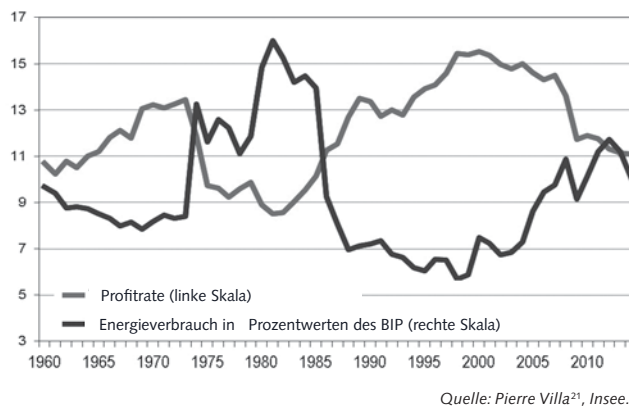
Am schwierigsten ist zweifellos das Problem der Lastenverteilung für die notwendigen Veränderungen zwischen hochindustrialisierten Ländern und dem Rest der Welt. Die vorliegenden Prognosen zeigen, dass der Großteil der zukünftigen Emissionen auf Schwellen- und Entwicklungsländer entfallen wird. Muss daraus abgeleitet werden, dass die Länder des Südens einwilligen müssten, die wichtigsten Anstrengungen zu tragen?

Manche behaupten, die Klimakatastrophe sei unvermeidbar, wenn die Entwicklungsländer das „produktivistische“, energieverworschleißende Modell des Nordens übernehmen würden. Das ist nicht falsch, man kann aber zwei diametral entgegengesetzte Schlüsse daraus ziehen. In der fundamentalistischsten Version des Negativwachstums von Latouche müssten die Länder des Südens auf das „Haben“ verzichten und sich mit dem „Sein“ begnügen, das ihren ganzen Reichtum ausmacht. Die reaktionärsten Neomalthusianer rufen implizit zu einer Form von weltweiter Eugenik auf, in der die Armen durch Dürren ausgehungert und vom steigenden Meeresspiegel verschlungen würden und sich im Kampf um fruchtbare Böden und Wasser gegenseitig töten würden, was einen Teil der Lösung brächte. Diese Extrempositionen sind selten, verweisen aber auf eine reale Tatsache: Die Armen sind durch den Klimawandel am meisten verwundbar.

In dieser Logik wird aber mehreres vergessen: Der Großteil der in der Atmosphäre angesammelten Treibhausgase geht auf Industrieländer zurück, und der Prokopfausstoß in den industrialisierten Ländern ist nach wie vor viel höher als anderswo. Zudem entspricht ein Teil der Emissionen der Schwellenländer der Produktion von Gütern, die in den Industriestaaten konsumiert werden.

Diese Feststellung liegt der Konfrontation zwischen China und den Vereinigten Staaten zugrunde und wird auch beim COP21, der nächsten Klimakonferenz, im Zentrum stehen. Die Industriestaaten sind gegenüber dem Rest der Welt also ökologisch verschuldet. Es handelt sich nicht um eine Art Schuld, die annulliert oder „umgeschichtet“ werden könnte, sie muss bezahlt werden, und der einzig vorstellbare vernünftige Ausweg liegt in Technologietransfer und technologischen Investitionen aus dem Norden in den Süden, die erlauben würden, die Ziele der Emissionsreduktion und des Rechts auf Entwicklung der ärmsten Länder miteinander zu vereinbaren.

GRAFIK3: PROFITRATE UND ENERGIEVERBRAUCH: FRANKREICH 1960-2014



Um diese enorme Schwierigkeit zu illustrieren, kann über die Auswirkungen der Forderung nachgedacht werden, die aus Anlass der COP21 vorgebracht werden: „Die Regierungen müssen die Subventionen einstellen, die in die auf fossile Rohstoffe gestützten Industrie fließen, und deren Abbau einfrieren, indem auf die Förderung von 80 Prozent aller fossilen Kohlenstoffe verzichtet wird.“²³ Dieses Ziel ist mit den Zielen des IPCC absolut vereinbar. Doch die praktische Umsetzung wirft das Problem der Verteilung dieser Regel auf die gesamte Erde auf, denn die angesprochenen Reserven sind sehr ungleich verteilt, wie Tabelle 1 zeigt.

Ein anderes Dilemma wird sichtbar, wenn man sich die Verteilung der Emissionen nach sozialen Kategorien

TABELLE 1

| | Erdöl | | Erdgas | | Kohle | |
|-----------------|-------------|-------|---------------------|-------|--------|-------|
| | Mio. Barrel | % | Mrd. m ³ | % | Mrd. t | % |
| USA-Kanada | 45 | 9,9 | 800 | 0,8 | 250 | 28,2 |
| Europa | 5 | 1,2 | 300 | 0,3 | 74 | 8,3 |
| ehem. UdSSR | 28 | 6,2 | 36000 | 36,0 | 209 | 23,6 |
| China u. Indien | 9 | 2,0 | 2500 | 2,5 | 207 | 23,3 |
| Afrika | 28 | 6,2 | 4400 | 4,4 | 30 | 3,4 |
| Südamerika | 63 | 14,0 | 5000 | 5,0 | 11 | 1,2 |
| Nahost | 264 | 58,8 | 47000 | 47,0 | 3 | 0,4 |
| Andere | 7 | 1,6 | 4000 | 4,0 | 102 | 11,5 |
| Welt | 449 | 100,0 | 100000 | 100,0 | 887 | 100,0 |

Quelle: Christophe McGlade, Paul Ekins²⁴.

ansieht. Dafür liegt eine sehr detaillierte Studie vor, die den Zusammenhang zwischen Treibhausgasen und Einkommensniveau untersucht.²⁵ Sie bezieht sich auf Großbritannien im Jahr 2006 und ist interessant, weil sie nicht nur die direkten Emissionen (z.B. Heizungen von Privathaushalten oder Autoabgase) einbezieht, sondern auch indirekte Emissionen (in Form von Konsumgütern, öffentlichem Verkehr etc.). Das Emissionsvolumen steigt mit dem Einkommen. Dafür variiert die Last des Energieverbrauchs am Einkommen, gemessen anhand eines Index mit einem Durchschnittswert von 100, umgekehrt proportional zum Einkommen: Sie beträgt 200 bei den 10 % Ärmsten, während sie bei den 10 % Reichsten nur 50 beträgt (Grafik 4).

Dieses Ergebnis ist wesentlich, denn es unterstreicht, dass jede Steigerung der Energiepreise – z. B. eine Steuer auf Kohlenstoffe – die Haushalte mit den geringsten Einkommen sozial ungerecht belasten würde. Für jede Maßnahme dieser Art sind also Mechanismen vorzusehen, die deren unsoziale Schlagseite in Form von Ausgleichszahlungen oder gestaffelten Tarifen korrigieren.

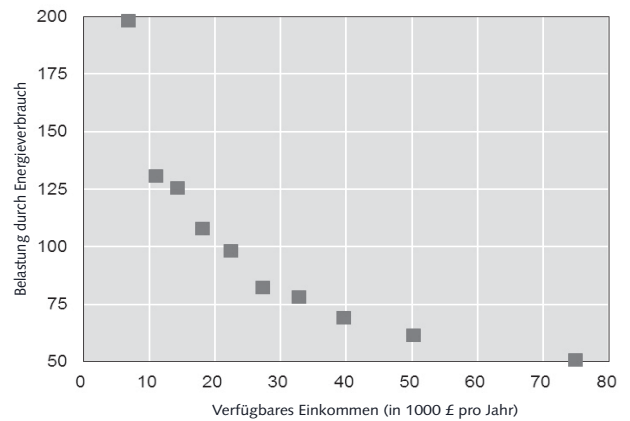
Das nicht produktivistische Modell ist Antikapitalismus

Statt ein fertiges „Programm“ vorzuschlagen, das weit über die Absicht dieses Beitrags hinausgehen würde, soll hier nur gezeigt werden, wie sehr in einer (weder vollständigen noch systematischen) Auflistung von Gegensatzpaaren alternative Ansätze, die in Tabelle 2 dargestellt sind, mit der kapitalistischen Logik kollidieren.

Somit ist es ausgeschlossen, sich angesichts der Umweltprobleme ein nicht produktivistisches Modell vorstellen zu können, ohne die Grundlagen des kapitalistischen Funktionierens infrage zu stellen. Diese Schlussfolgerung muss um die Feststellung ergänzt werden, dass es keinen grundlegenden Unterschied zwischen der Art gibt, wie soziale und wie ökologische Fragen zu behandeln sind. Die Parameter sind dieselben: Ob es darum geht, allen menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen zu gewährleisten oder das Überleben des Planeten zu sichern, in beiden Fällen muss den Kapitalisten die Macht entzogen werden, ihre Privatentscheidungen durchzusetzen, und stattdessen eine weltweit koordinierte Planung eingeführt werden.²⁶

Die Perspektive auf einen Ökosozialismus stützt sich auf diese Ähnlichkeit im Ansatz, der ein praktisches Ziel vorgibt, nämlich das Zusammenlaufen von Kämpfen der sozialen Bewegungen und der Umweltbewegung. Das

GRAFIK4: ENERGIEVERBRAUCH NACH EINKOMMENSNIVEAU IN GROSSBRITANNIEN



Quelle: Ian Gough et al.

einzigste Hindernis liegt in einem unterschiedlichen Zeithorizont, der sich beispielsweise im Widerspruch zwischen der unmittelbaren Verteidigung der Arbeitsplätze und dem Kampf gegen Umweltrisiken äußert. Um diesen Widerspruch zu überwinden, braucht es selbstverständlich Überzeugungsarbeit und Diskussionen, aber es ist zweifellos – leider – auch die Häufung von Umweltka-

TABELLE 2: NICHTPRODUKTIVISMUS VERSUS KAPITALISMUS

| Nicht produktivistisches Modell | Kapitalismus |
|---|---|
| Erneuerbare Energien | Ausbeutung fossiler Energieträger |
| Haltbarkeit der Güter | Rotation des Kapitals |
| Verkürzung der Arbeitszeit | Lohndruck, Prekarisierung, Ausschluss aus Lohnarbeit |
| Kostenlosigkeit und Ausbau der öffentlichen Dienste | Sparhaushaltspläne, Privatisierungen |
| Schaffung nützlicher, aber „nicht rentabler“ Stellen | Druck auf die „Kosten der Arbeit“ und Infragestellung sozialer Errungenschaften |
| Öffentliche Investitionen | „Privatinitiative“ |
| Desintensivierung des Handels und produktive Umlagerung | Freihandelsabkommen |
| Selbstversorgung in der Ernährung | Globalisierte intensive Landwirtschaft |
| Soziale Kontrolle über die wirtschaftlichen Prioritäten und die Arbeitsorganisation | „freier, nicht verzerrter“ Wettbewerb |

tastropfen, die dieses notwendige Zusammenlaufen beschleunigen wird. Dieser Prozess scheint in China bereits im Gange zu sein.²⁷

■ *Übersetzung: Tigrib*

1 Er basiert auf einem Vortrag vom 23. August 2015 an der Sommeruniversität von „Ensemble“, einem Teil des französischen Front de gauche (Linksfront).

2 *Le contre-plan du PSU*, 1964.

3 Karl Marx: „Arbeit ist also nicht die einzige Quelle der von ihr produzierten Gebrauchswerte, des stofflichen Reichtums. Die Arbeit ist der Vater, wie William Petty sagt, und die Erde seine Mutter.“ MEW 23, S. 52.

4 Der Ausdruck ist von Engels: „[Die Gesellschaft] wird den Produktionsplan einzurichten haben nach den Produktionsmitteln, wozu besonders auch die Arbeitskräfte gehören. Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen.“, *Anti-Dühring*, Dritter Abschnitt, Kap. IV, http://www.mlwerke.de/me/me20/me20_239.htm#Kap_IV, | 288 |.

5 Michel Husson, „L’hypothèse socialiste“, in Stathis Kouvelakis (Hg.) *Y a-t-il une vie après le capitalisme?*, Le Temps des Cerises, 2008; *Le capitalisme en 10 leçons*, La Découverte, 2012, Kapitel 4.

6 In seiner Rede an der Sorbonne im Rahmen der Übergabe des Berichts von Stiglitz-Sen-Fitoussi über das Maß wirtschaftlicher Effizienz und sozialen Fortschritts (*la mesure des performances économiques et du progrès social*), Paris, 14. September 2009.

7 Centre d’analyse stratégique, *Approche économique de la biodiversité et des services liés aux écosystèmes*, 2009.

8 Siehe Jean-Marie Harribey, „La nature, les écosystèmes peuvent-ils résister à leur financiarisation?“, Juni 2015; und sein Buch: *La richesse, la valeur et l’inestimable*, Paris, Les Liens qui libèrent, 2013.

9 IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), *Climate Change 2014. Synthesis Report. Summary for Policymakers*, deutsche Kernbotschaften: http://www.de-ipcc.de/_media/141102_Kernbotschaften_IPCC_SYR.pdf

10 Ausführlicher dargestellt in Michel Husson, „Un abaque climatique“, *note hussonet* n° 89, 20. August 2015, <http://hussonet.free.fr/abacli.pdf>.

11 Ebd., S. 24: „if the reduction is 0.06 percentage points per year due to mitigation, and baseline growth is 2.0 % per year, then the growth rate with mitigation would be 1.94 % per year“.

12 Dabei handelt es sich eher um minimale Schätzwerte, da nur CO₂ berücksichtigt wird. Die Ziele des letzten IPCC-Berichts betreffen aber alle Treibhausgase (Senkung um 40 bis 70 % zwischen 2010 und 2015), während im vorigen Bericht nur die CO₂-Emissionen beziffert wurden (zwischen 50 und 85 %).

13 Es handelt sich um ein durchschnittliches Szenario. Das „untere“ Szenario ergibt bis 2050 8,7 Milliarden und das „obere“ 10,8 Milliarden. Quelle: United Nations, Population Division, 2015 Revision of World Population Prospects.

14 Vgl. eine bereits weiter zurückliegende Argumentation: Michel Husson, „Une seule solution, la population?“, *Alternatives Économiques*, hors-série „Le développement durable“, 2005.

15 Serge Latouche, „Et la décroissance sauvera le Sud...“, *Le Monde Diplomatique*, November 2004.

16 Jean-Marie Harribey, „Développement durable : le grand écart“, *L’Humanité*, 15. Juni 2004.

17 Ian Gough, „Climate change and sustainable welfare: the centrality of human needs“, *Cambridge Journal of Economics*, 2015.

18 Richard Wilkinson, *L’égalité c’est la santé*, Demopolis, 2010; siehe auch mit Kate Pickett: *The Spirit Level. Why Greater Equality Makes Societies Stronger*, Bloomsbury Press, New York, 2009.

19 Richard Smith, „Green Capitalism: The God That Failed“, *Truthout*, 9. Januar 2014.

20 Joseph Schumpeter: *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*. Berlin 1912, S. 157.

21 Pierre Villa, *Un siècle de données macro-économiques*, Insee Résultats Nr. 303-304, 1994.

22 Daniel Tanuro, *L’impossible capitalisme vert*, *Les empêcheurs de penser en rond/La découverte*, 2010. Siehe auch seine Analyse der Bedeutung des COP21: „sommet provisoire du mensonge, du business et du crime climatiques“, in dieser Ausgabe der *Inprekorr*.

23 Siehe den internationalen Appell „Pour une insurrection climatique“, August 2015

24 Quelle: Christophe McGlade und Paul Ekins, „The geographical distribution of fossil fuels unused when limiting global warming to 2 °C“, *Nature*, 8. Januar 2015.

25 Ian Gough, Saamah Abdallah, Victoria Johnson, Josh Ryan-Collins und Cindy Smith, „The distribution of total greenhouse gas emissions by households in the UK, and some implications for social policy“, *Centre for Analysis of Social Exclusion*, März 2012

26 Vgl. den Aufsatz von Daniel Tanuro: „Face à l’urgence écologique : projet de société, programme, stratégie“, 28. Juli 2015.

27 Siehe: Richard Smith, „Chine. „ Accidents industriels “ et désastre écologique“, *A l’encontre*, 17. August 2015. Teilübersetzung von: „China’s Communist-Capitalist Ecological Apocalypse“, *Real-World Economics Review* Nr. 71, 28. Mai 2015.